



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL
Sitzung vom 19. April 2012

Gesch. Nr. 058/11

**16.04 Gemeindeorganisation; Gemeinderat
Ratsdebatte zum untenstehenden Geschäft**

[...]

**5. GESCHÄFT-NR. 058/11
Bewilligung eines Rahmenkredites für die mobile Gemeinwesenarbeit Effretikon**

ANTRAG DES STADTRATES

Der Stadtrat unterbreitet mittels Auszug aus dessen Protokoll vom 22. Dezember 2011 zum vorstehenden Geschäft einen Antrag.

DER GROSSE GEMEINDERAT

- gestützt auf den Antrag des Stadtrates und in Anwendung von § 26 Ziffer 3 der Gemeindeordnung -

BESCHLIESST:

1. Für die Mobile Gemeinwesenarbeit im öffentlichen Raum (Schwerpunkt Wochenende) sowie für Sozialräumliche Projekte und Schaffung von Partizipationsmöglichkeit für Jugendliche und junge Erwachsene im Alter von 12 bis 30 Jahren wird für die Jahre 2012 bis 2014 ein Rahmenkredit von Fr. 260'000.- (Nettoaufwand) zulasten der laufenden Rechnung bewilligt.
2. Dieser Beschluss untersteht dem fakultativen Referendum
3. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt
4. Mitteilung durch Protokollauszug an:
 - a. den Stadtrat, zweifach,
 - b. die Abteilung Jugend und Sport, Märtplatz 29 8307 Effretikon,
 - c. die Abteilung Finanzen, Märtplatz 29, 8307 Effretikon,
 - d. die Abteilung Sicherheit, Märtplatz 29, 8307 Effretikon.

Der detailliert Wortlaut ergibt sich aus dem Weisungstext des Stadtrates.

ABSCHIED DER GESCHÄFTSPRÜFUNGSKOMMISSION GPK

Die Vorberatung dieses Geschäftes fand in der GPK statt, welche mit Schreiben vom 2. April 2012 einen Mehr- und Minderheitsantrag verabschiedet. Erläutert werden diese Anträge durch Jürg Gassmann, SP/JUSO, zur Mehr-, und durch Gemeinderat Reto Unterholzner, SVP, zur Minderheit.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL Sitzung vom 19. April 2012

Zum Mehrheitsantrag der GPK

Gemeinderat Jürg Gassmann, SP/JUSO, stellt fest, dass die vorgängig beratenen Geschäfte über die Verordnungen und Gebühren zum Wasser und Abwasser keine hohen Wellen im Rat geworfen hätten. Beim vorliegenden Geschäft sei wohl eher das Gegenteil der Fall. Der Stadtrat beantrage beim Grossen Gemeinderat einen Kredit für die mobile Gemeinwesenarbeit, welcher sich über die nächsten drei Jahre erstrecke. Mit diesem Betrag soll ein Streetworker zu 60 % angestellt werden.

Jürg Gassmann beantragt namens der Mehrheit der Mitglieder der GPK Zustimmung zum stadträtlichen Antrag.

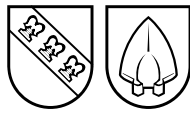
Das Thema erwies sich als sehr kontrovers, weshalb die vorberatende Kommission sich an gleich zwei Sitzungen mit dem Geschäft auseinandergesetzt hat. Stadtrat André Bättig, FDP, Ressort Jugend und Sport, wohnte auf Einladung den Beratungen bei, präsentierte das Geschäft im Detail und beantwortete dazu einen umfangreichen Fragenkatalog. Ebenso verlangte die Kommission nach Stellenbeschrieben zur geplanten Position des Streetworkers. Gassmann bedankt sich beim Jugend- und Sportvorstand für dessen Bereitschaft, sich zu den Fragen zur Verfügung gehalten zu haben.

Es sei eine Tatsache, dass sich das Freizeitverhalten der Jugendlichen im Laufe der vergangenen Jahre verändert habe. Insbesondere in den warmen Sommermonaten würden junge Menschen die Nacht oft zum Tage machen und auch noch zu später Stunde auf Strassen und Plätzen anzutreffen sein. Diese Art von Lifestyle korreliere mit den Bedürfnissen der Bevölkerung nach Nachtruhe. Auch würden verschiedentlich immer wieder Alkohol- und Drogenexzesse auftreten, wobei auch Litteringprobleme zu Tage treten würden. Es werde auch in Zukunft Aufgabe der Polizei sein, deliktische Vergehen zu ahnden. Dennoch betont Jürg Gassmann, dass rein repressive Massnahmen wohl nicht genügen werden, um eine Koexistenz der verschiedenen Anspruchsgruppen zu gewährleisten.

Der Stadtrat beantrage hier ein Projekt, welches es ermögliche, der Jugend den Puls zu fühlen und gehbare Konzepte zu entwickeln, um zwischen den Bedürfnissen der Anwohnerschaft und der Jugendlichen zu vermitteln, und zwar ohne dabei den Zeigefinger zu erheben. Die Massnahme soll so wieder zu einem harmonischen Zusammenleben führen. Gassmann hält fest, dass in der Stadt kein objektives Sicherheitsproblem bestehe, dennoch nehme man subjektiv wohl den einen oder anderen Vorbehalt gegen solche Aussagen wahr. In der Stadt gäbe es ein paar Orte, die aufgrund ihrer Lage Konfliktpotenzial bieten würden. Brennpunkt sei zum Beispiel der Raum um die Esso-Tankstelle und das Gebiet beim Trittlweg. Die GPK-Mehrheit erachtet den stadträtlichen Vorschlag als taugliche Massnahme, um die Konflikte zu entschärfen, wenn gar das Altersspektrum zwischen 12- und 30-jährigen jungen Erwachsenen etwas gar breit gefasst werden könne. Der Stadtrat verfüge wohl über wenige Informationen, aus welchen Altersschichten sich die angepeilte Zielgruppe wohl wirklich zusammensetzt. Handle es sich vor allem um freizeitsuchende oder gar um sozialauffällige Personen? Ferner sei die Frage zu klären, ob es sich bei den auffälligen Personen vornehmlich um Einwohner/innen aus dem Stadtgebiet oder „stadtfremde“ Personen handelt. Der Stadtrat könne wohl nur Schätzungen und Vermutungen anstellen; Zahlen liegen ihm keine vor. Die Testphase biete genug Möglichkeit, um diese Informationslücken zu schliessen und entsprechende Daten zu sammeln und direkt an der Quelle zu erheben.

Trotz der mehrheitlichen Unterstützung erlaubt sich die Geschäftsprüfungskommission dem Stadtrat ein paar Gedanken zur Umsetzung des Projektes mitzugeben:

Die GPK beurteilt die Zusammenarbeit mit der Stadtpolizei als heikel. Es gelte hier, klare Kompetenzen und Aufgabenteilungen zu definieren. Wer würde in welcher Situation aktiv und dabei die Federführung übernehmen? Erstattet der Streetworker bei Delikten von Amtes wegen Anzeige bei der Polizei?



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL Sitzung vom 19. April 2012

Das zu bearbeitende Pensum könne wohl kaum durch eine einzelne Person abgedeckt werden, wenn man bedenke, dass die Jugendlichen wohl rund um die Uhr unterwegs seien.

Ferner gelte es im Deliktsfall durch die Polizei – oder eben den Streetworker - die Schwere des Vergehens und auch die Vorgeschichte eines Täters auszulegen, bevor man über Personen aburteile.

Der GPK missfällt, dass eine Person mit einem bescheidenen Pensum angestellt werden soll, deren Hauptarbeit wohl vor allem während der Sommerzeit anfallen wird. Der Stadtrat schlage dazu vor, einen Skilehrer oder dergleichen zu engagieren, welcher in den Wintermonaten anderweitig eingesetzt werden könne. Die GPK stellt fest, dass die Selektion einer geeigneten Person ohnehin schwierig und mit dem Hintergrund des „Skilehrers“ noch zusätzlich eingeschränkt werde.

So regt die GPK-Mehrheit dann auch an, dass der Stadtrat eine mögliche Zusammenarbeit mit einer spezialisierten Institution nochmals überprüfen wolle. Ferner möge der Stadtrat den umfangreichen Aufgabenkatalog des Streetworkers - nach Prioritäten gegliedert – reduzieren. Weniger sei schliesslich mehr und die vorgesehene Dichte an Aufgaben durch eine Person kaum zu bewältigen.

Grössten Wert legt die Mehrheit der Mitglieder der GPK auf eine detaillierte und genaue Auswertung und Analyse der Projektphase. Eine definitive Einführung käme nur dann in Frage, wenn während der Probephase die gesammelten Erfahrungen und Fakten eine positive Auswirkung auf den Problemherd haben werden.

Gemeinderat Jürg Gassmann beantragt Zustimmung, was im Übrigen auch der Haltung der angeschlossenen SP/JUSO-Fraktion entspricht.

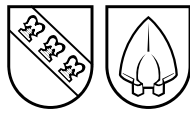
Zum Minderheitsantrag der GPK

Gemeinderat Reto Unterholzner, SVP, Präsident der GPK, spricht zum Minderheitsantrag. Er vertritt eine kritische Haltung, welche die Ablehnung des stadträtlichen Antrages postuliert. Ferner sei der Stadtrat über dessen Finanzkompetenzen aufzuklären. Der Stadtrat rühme sich, dass er dieses Geschäft dem Grossen Gemeinderat freiwillig unterbreite und dazu im Grunde gar nicht verpflichtet sei. Gemeinderat Unterholzner kann diese Aussage nicht teilen und meint, der Stadtrat bediene sich einer kreativen Buchhaltungsauslegung, wenn er der Auffassung sei, die Finanzkompetenzen nicht einhalten zu müssen.

Gemeinderat Unterholzner spricht der Vorlage die messbaren Ziele und Zielgruppen ab. Es gestalte sich auch für den Stadtrat schwierig, nach drei Jahren eine Auswertung über das vorgesehene Projekt in dieser Weise vorzunehmen. Die Zielgruppendefinition bezeichnet die GPK-Minderheit als sehr prekär. Die eigentlichen angesprochenen Personen seien wohl zwischen 12 und 18 Jahren alt. Zumindest laut Ansicht Unterholzners sollte ein Mensch jenseits dieser Altersgrenze erwachsen sein. Der Stadtrat auferlege sich mit der Definition dieses sehr breiten Alterspublikums eine schwere Hypothek.

Die GPK-Minderheit kann aus der Vorlage die Problemstellung zu wenig herauslesen. Es fehlt an der griffigen Definition. Im Übrigen hätte hier eine Konsultation der Stadtpolizei sicherlich zur Klärung der Begriffseingrenzung beigetragen. Erst wenn die Probleme erkannt, definiert und niedergeschrieben sind, könne ein Konzept folgen. Der Stadtrat versuche hier, das Feld von hinten aufzurollen, was zum Scheitern verurteilt sei.

Gemeinderat Reto Unterholzner bezweifelt den Ansatz des mobilen Jugendarbeiters. Namens der Minderheit der GPK-Mitglieder hält er fest, dass es wohl eher Aufgabe der Polizei sei, auch bei „Jugenddelikten“ zu



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL Sitzung vom 19. April 2012

intervenieren. Der Stadtrat solle zuerst Grundlagenforschung in Eigenregie betreiben und dabei, das Problem und die Örtlichkeiten lokalisieren.

Der beantragte Kredit sei zu hoch, um ihn als Grundlagenforschung zu verwenden. In der Projektarbeit sei es wichtig, die Problematik und die zu Grunde liegenden Daten und Gesichtspunkte zu kennen und erst danach Anträge zu Kreditbewilligungen zu unterbreiten.

Sollte dann immer noch ein mobiler Jugendarbeiter benötigt werden, dann solle man ihn und sein Werk an Zielen und Vereinbarungen messen können. Eine Zusammenarbeit mit einer Institution, wie man sie mit der Mojuga bereits zur Hand hätte, sei deshalb wohl sinnvoller. Eine solche Institution könne aus einem grossen Erfahrungsschatz aus der Praxis der Vergangenheit schöpfen und dabei zielgerichtete Tests und Routine einbringen. Ebenso liessen sich mit externen Partnern klare Ziele vereinbaren, was auch im Streitfall, bei Nichterfüllung der auferlegten Pflichten, zu einem einfacheren, sauberen Verfahren beitragen könne. Mit einer internen Instanz gestalte sich der Abmahnungsprozess komplexer und sei mit mehr Hemmungen verbunden.

Reto Unterholzner stellt ebenso die personelle Frage. Sollte das Projekt scheitern, müsste der entsprechenden Person wieder gekündigt werden, was wohl als sehr unglücklich zu bezeichnen sei. Ebenso habe sich der Stadtrat einen sehr ambitionierten Zeitplan auferlegt. In Anbetracht von Genehmigungs- und Selektionsverfahren (allfällige Kündigungsfristen von Bewerbern bei bisherigen Arbeitgebern usw.) sei es wohl verfehlt, von einem Stellenantritt im Sommer auszugehen. Ausgerechnet dann würde wohl der Jugendarbeiter am meisten gebraucht.

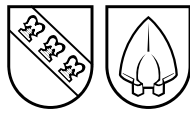
Gemeinderat Unterholzner schliesst resümierend mit der Frage, ob die mobile Jugendarbeit wirklich nötig sei. Ferner meint er, könne die Stadtpolizei hier ihren Beitrag leisten und im Übrigen sei der beantragte Kredit zu hoch, um Grundlagenforschung zu betreiben.

Namens der GPK-Minderheit beantragt Gemeinderat Reto Unterholzner Ablehnung zum vorliegenden Antrag.

Es meldet sich ein weiteres Mitglied aus den Reihen der GPK zu Wort. Ratspräsidentin Hildebrand erteilt Gemeinderat Peter Stiefel, FDP, das Wort.

Gemeinderat Peter Stiefel, FDP, ruft in Erinnerung, dass die Thematik des damals noch als „Gassenarbeiter“ betitelten Sozialarbeiters bereits vor rund 16 Jahren diskutiert wurde. Stiefel nahm damals selbst Einsitz in der seinerzeitigen Jugendkommission und verkehrte deswegen öfters im Jugendhaus, wo der Gassenarbeiter, in der Person von Edy Zwahlen, lokalisiert war. Stiefel betrachtet im Rückblick die Zusammenarbeit als sehr fruchtbar. Der Gassenarbeiter war akzeptiert und sehr gut in die Strukturen integriert. Zu jenem Zeitpunkt wurde niemals hinterfragt, ob es eine solche Person im Grunde wirklich braucht. Diese Anlaufstelle war einfach ein fixer Bestandteil des Angebots. Als das zur Verfügung gestellte Budget aufgebraucht war, verschwand Edy Zwahlen und seine Stelle klangheimlich, ohne dass er jemals wieder gebraucht wurde oder sich jemand nach dem Verbleib der Stelle des Gassenarbeiters erkundigt hätte. Es zogen einige Jahre ins Land. Viele Veränderungen in den Strukturen und den örtlich neuralgischen Punkten kamen hinzu; so eben auch die Probleme mit der Anwohnerschaft, die sich in ihrer Ruhe gestört fühlt. Das Projekt verfolgt, vornehmlich junge Personen aufzufangen, die nicht integriert scheinen und weder einem Verein noch einer anderen sozialen Struktur angehören oder dort eingebunden sind

Die Aufgabe des Gassenarbeiters sehe die FDP/JLIE-Fraktion deshalb in erster Linie rein präventiver Natur. Da möge man doch gütlichst nicht auf den totalen Fr. 260'000.- - verteilt auf drei Jahre - rumreiten. Prävention käme den Steuerzahler immer günstiger. Ziel solcher vorbeugenden Massnahmen sei es, jemanden



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL Sitzung vom 19. April 2012

abzuholen, bevor er ganz abrutscht, denn dies habe die teureren Kosten zur Folge. Hier sei wohl der Vergleich zwischen dem Feuermelder und dem Jugendarbeiter und der Feuerwehr und der Polizei zutreffend. Ebenso unterstütze man den Effekt, Leute zu besänftigen und Kontakte mit der Anwohnerschaft herzustellen, die sich nicht mehr wohlfühlt.

Die GPK hat in ihren Ausführungen verlauten lassen, wonach das Anforderungsprofil des Jugendarbeiters nicht klar definiert sei. Stiefel wirft der Gegnerschaft hierzu Unachtsamkeit vor. Man habe wohl den Antrag nicht genau studiert.

Es sei sicherlich so, dass der Stadtrat mit diesem Antrag eine „eierlegende Wollmilchsau“ suche. Die zu selektierende Person soll wie Superman überall positiven Anklang finden, ein Alleskönner und Multitalent sein. Man müsse sich aber gleichzeitig vor Augen führen, dass das Berufsbild des soziokulturellen Animators zwischenzeitlich breit abgestützt sei und auf hohe Akzeptanz stosse. Der Titel setzt ein Studium an einer Hochschule voraus, weshalb sich wohl viele qualifizierte Personen finden liessen.

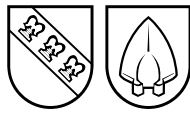
Die FDP/JLIE-Fraktion beantragt Zustimmung und betont, dass es nun schnell gehen soll. Im Frühsommer soll das Projekt gestartet werden können. Die Fraktion geht aber davon aus, dass der Stadtrat in seinem Geschäftsbericht über den Projektstand und dessen Erkenntnisse rapportiert. Den Erfolg zu messen, sei wohl ein Ding der Unmöglichkeit, wenn auch zielgerichtete Befragungen unter den betroffenen Anwohner/innen näheren Aufschluss über deren Befindlichkeit geben werden.

Die Ratspräsidentin öffnet die Diskussion nun für den Gesamtrat, worauf sich Gemeinderat Roger Miauton, SVP, zu Wort meldet.

Gemeinderat Roger Miauton, SVP, kann seine Freude zu dieser Vorlage gänzlich in Grenzen halten. Mit 18 Jahren erlange eine Person Mündigkeit und übernehme somit die ihr zustehenden Rechte, welche vorher durch die Erziehungsberechtigten wahrgenommen wurden. Die Gesellschaft erwarte aber auch, dass einer mündigen Person auch Pflichten überbunden würden und diese damit einen Beitrag an die Allgemeinheit leiste. Gemeinderat Miauton stellt die Frage, ab welchem Zeitpunkt dieser Beitrag zu leisten sei. Die rhetorische Frage zielt darauf ab, dass die Personen beim Eintritt in das Berufsleben oder in eine andere Ausbildung wohl erkannt haben müssten, dass das Leben nicht bis zum 30. Altersjahr nach Belieben genossen werden kann und die Pflichten nicht erst dann wahrzunehmen seien, wenn es einem passt. Auch die Lehrmeister sähen sich in der heutigen Zeit oft mit unmotivierten Jugendlichen konfrontiert, die lieber „Fun“ hätten, als mitanpacken würden. Es sei also nicht weiter verwunderlich, dass bei 50 % sämtlicher Lehrabbrüche die Gründe bei der Demotivation zu suchen seien. Vor rund zehn Jahren habe diese Quote noch erst bei 30 % gelegen.

Die Vorlage bezeichne die Ziel-Altersgruppe zwischen 12 und 30 Jahren. Es würden also Jugendliche mit volljährigen Personen vermengt, was ja schon gar nicht unter einen Hut zu packen sei. Die heutige Jugendarbeit, welche sich vornehmlich mit Personen bis 18 Jahren befasse, sei in genügendem Masse ausgebaut und schlussendlich sei beizufügen, dass die Erziehungsberechtigten – und nicht der Staat – für ihre Zöglinge zuständig seien. Wer volljährig sei, hätte sich an Gesetze und Pflichten zu halten.

Die Vorlage subsumiere unter den Zielsetzungen die Sicherstellung von Ruhe und Ordnung sowie die Unterstützung im Bereich von legalen Handlungen wie z.B. Lärm, Littering und Alkoholkonsum. Der Stadtrat sei darüber aufzuklären, dass Lärm und Littering gemäss der Polizeiverordnung strafbare Handlungen darstellen würden.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL Sitzung vom 19. April 2012

Es gehe nicht an, dass die Stadt Illnau-Effretikon Leute unterstütze, die ein „Easy-Life“ bevorzugen würden und sodann auch noch mit Veranstaltungen belohnt würden. Die Stadt habe die Gesellschaft zu unterstützen und nicht die Faulheit zu fördern. Ein „Hütendienst“ für Erwachsene sei vermessen und fehl am Platz. Die Stadt habe für Ruhe und Ordnung zu sorgen. Mit der Durchsetzung dieser öffentlichen Güter sei die Stadtpolizei betraut. Allgemein sei bekannt, dass beim „Rikenerhuus“ grosse Probleme vorherrschen. Dem sei mit Kontrollen und Präsenzmarkierung beizukommen, solange, bis die Probleme gelöst seien. Aus Sicht der SVP-Fraktion seien dazu genügend Ressourcen vorhanden, welche mit einer konkreten Prioritätenordnung auch sinnvoll genutzt werden könnten. Sogenannte „Hotspots“ könnten auch per Video-Aufzeichnung überwacht werden; die rechtlichen Grundlagen dazu hat der Grosse Gemeinderat bzw. der Stadtrat jüngst geschaffen.

Die SVP-Fraktion empfiehlt den Antrag zur Ablehnung.

Gemeinderat Hans-Jürg Gehri, BDP, zweiter Vizepräsident, betitelt das Geschäft als „Gerippe-Vorlage“. Er lässt den Rat wissen, dass dies eine Vorlage ohne Fleisch am Knochen sei. Auch er kritisiert die Altersspanne zwischen 12 und 30 Jahren beim Zielpublikum. Eine solche Spanne vermöge auch der Stadtrat nicht seriös zu erfassen. Nicht einmal geschicktes Marketing könne eine solche Aufgabe erfolgreich vollführen. Im Alter zwischen 12 und 30 Jahren durchlebe eine Person verschiedene „Abschnitte“. Dies würde von Stationen wie Primar- und Sekundarstufe, über Lehre und Weiterbildung, zur Familienplanung und Eheberatung und gegen 30 schon zur Scheidung führen.

Niemand könne die Klaviatur dieser enormen Themenvielfalt seriös beherrschen - schon gar nicht mit einem 60 %-Pensum. Der Stelleninhaber werde - da überfordert - an dieser Aufgabe scheitern.

Die Vorlage umfasse die Sprechung eines Rahmenkredites, wobei das Wort „Rahmen“ treffender nicht hätte gewählt werden können. Bildlich gesprochen werde der linke Rahmen durch die bereits bestehende Jugendarbeit in Illnau-Effretikon repräsentiert. Der rechte Rahmen begrenze das Spielfeld in repressiver Art und Weise durch Intervention der unsrigen Stadtpolizei. Die nötigen Akteure seien also bereits vorhanden. Weder der Schule noch dem Staat seien noch mehr Auflagen in der Erziehung der Jugendlichen zuzumuten.

Gehri hofft, dass die Vorlage sprichwörtlich „Grendelbach-ab“ geschickt wird. Im Februar hätte das Jugendhaus Effretikon zum Kinoabend geladen. Die - vermutlich - bezahlten zwei Betreuer, der Film mit Leihkosten von Fr. 200.- und die vier anwesenden Jugendlichen könne man wohl kaum als Erfolg abbuchen.

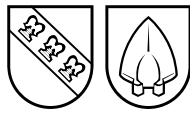
Stadträtin Salome Wyss, SP, Ressort Sicherheit, lud kürzlich zu einem lobenswerten Anlass ein, wobei die Einwohnerschaft und Jugendliche sich hätten treffen sollen und so die Gelegenheit zum Gedankenaustausch ermöglicht werden konnte. Leider nahm nur eine jugendliche Person teil. Bei einem weiteren Anlass erschienen 10 Jugendliche, dafür keine Vertreter der Anwohnerschaft.

Gemeinderat Gehri ortet mit dem neuangelegten Moosburgpark bereits einen neuen Gefahrenherd und hegt diesbezüglich gemischte Gefühle – er sei in diesem Plenum nicht der einzige.

Vergegenwärtige man sich die etwas in Schieflage geratene finanzielle Lage der Stadt, so sei nun der Zeitpunkt gekommen, den Bürgerinnen und Bürger – die immerhin ihre Vertretung in diesem Parlament wählen – Zeugnis abzulegen und ein finanzpolitisches Zeichen zu setzen.

Im Übrigen würden auch die Kirchen einen erheblichen Beitrag zur Freizeitbetätigung der Jugendlichen leisten – nur sei dies wenig bekannt.

Gehri kritisiert im Weiteren die Zeitschiene des Projektes und meint, dass es für den Projektstart im Sommer 2012 wohl käumlich reichen werde; ausser man hätte die fragliche Person bereits eingestellt.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL Sitzung vom 19. April 2012

Die Jugendarbeit fände in der Stadt bereit statt, und zwar in den Vereinen - mehr brauche es nicht.

Gemeinderat Gehri macht beliebt, den Minderheitsantrag der GPK zu unterstützen und auch von einem allfällig nachfolgenden Projekt mit einer Institution (wie Mojuga) abzusehen. Das Ende der Fahnenstange sei erreicht.

Gemeinderätin Brigitte Rösli, SP/JUSO, anerkennt den Bedarf zum Handeln. Auch ihr sei bereits einmal eine Flasche eines alkoholhaltigen Getränks durch das geschlossene Fenster in die gute Stube geworfen worden. Die neusten Erkenntnisse würden aber zeigen, dass repressive Massnahmen nicht zielführend seien. Jeder Jugendliche, der im Gefängnis Einsitz nimmt, koste weniger als Fr. 260'000.-.

Die Auftrags- und Zieldefinition sowie die nachfolgende Evaluation seien wichtig. Rösli erhofft sich, dass man die Einsicht gewinne, zu erkennen, welche Mittel man nun tatsächlich brauche, um dem Problem Herr zu werden. Auch Jugendliche hätten ein Bedürfnis nach Kontaktpersonen, die ihnen aufzeigen, „wo lang es gehe“. Ebenso vermögen diese Hilfestellungen bei der Jobsuche und dem Verfassen von Bewerbungsunterlagen zu geben.

Gemeinderätin Brigitte Rösli, SP/JUSO, bittet den Rat, dem stadträtlichen Antrag zu folgen.

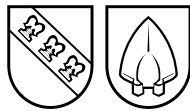
Gemeinderat Roger Schwaller, SVP, zeigt sich wenig begeistert darüber, alles mit Samthandschuhen anzufassen. Man will in drei Jahren Fr. 260'000.- für eine „Wischi-Waschi-Vorlage“ ausgeben. Schwaller stellt einen Vergleich mit der Privatwirtschaft her. Auch als Arbeitgeber müsse man die Zielerfüllung seiner Mitarbeiterschaft messen können; und wenn diese ihre Leistung nicht bringen, dann sei rigoroses Handeln angezeigt. Im vorliegenden Fall hätte man aber erst drei Jahre abzuwarten, bevor man die Situation regeln könne. Schön, für denjenigen, der diese Stelle dann innehaben wird.

Ferner habe sich der Stadtrat wohl kaum Gedanken darüber gemacht, was wohl geschehe, wenn der Stelleninhaber seinen Dienst quittiert und kündigt; dann heisse es wohl „zurück auf Feld 1“. Die Vorlage sei für die SVP-Fraktion ein absolutes No-go. Der Antrag umfasse keine Ziele, auch sei kein „Notnagel“ vorhanden. Ebenso sei die Stadt allmählich gehalten, auf die Ausgabenbremse zu stehen. Das sei man den Wählerinnen schuldig.

Gemeinderat Rainer Hugener, GP/GLP, dankt Peter Stiefel für seinen Rückblick in die Vergangenheit. Dannzumal, Mitte der 90er Jahre, hatte man mit der Drogenproblematik am Letten in Zürich zu kämpfen. Der Zürcher Stadtrat versuchte mit repressiven Massnahmen dem Problem Herr zu werden. Was dann geschah, mündete in einer Katastrophe. Aus der Erkenntnis, dass Repressalien der falsche Weg aus der Misere sind, gelang man stetig zur Ansicht, dass der Prävention erhöhte Aufmerksamkeit zu schenken ist. Bezeichnend sei, dass Methadon- und Heroinabgabeprogramme die Lösung herbeizuführen vermochten. Die polizeilichen Instanzen seien hierbei aus den vorbeugenden Massnahmen aus dem Spiel gelassen worden. Sie sollen sich auf die repressiven Aufgaben beschränken.

Es sei einfach, zu behaupten, die Erziehungsberechtigten hätten ihre Verantwortung wahrzunehmen. Was passiere aber in solch bekannten Fällen, wo Eltern ihrer Pflicht nur in ungenügender Masse – oder eben gar nicht – nachkommen? Der Staat habe in seiner sozialen Funktion hier für seine Bürger da zu sein.

Unbestritten sei, dass die Sorgen, Ängste und Befürchtungen der Anwohnerschaft (z.B. im Gebiet Trittlweg und Esso-Tankstelle) ernst zu nehmen seien. Ihre Anliegen seien berechtigt und zu respektierten; aber auch



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL Sitzung vom 19. April 2012

hier könne mit präventiven Massnahmen einiges erwirkt werden. Die Stadt investiere hier am richtigen Ort Geld; würde der Grosse Gemeinderat heute seine Zusage zu diesem Beschluss bescheren, könne man später auch Früchte davon ernten.

Man müsse die Probleme angehen und den Tatsachen ins Auge schauen; mit Repression, mit Einsätzen der Polizei, Prävention und Gassenarbeit. Hugener animiert, anzupacken.

Gemeinderätin Tanja Bischof, EVP, meldet sich zu Wort, obschon sie sich eigentlich zuerst nicht zu einem Votum am Rednerpult verleiten lassen wollte. Dennoch tritt sie jetzt hervor und richtet sich ans Plenum, da sie sich persönlich betroffen fühlt. Sie arbeitet in einem medizinisch-sozialen Beruf und versucht im Berufsbild der Ernährungsberaterin Leute zu motivieren, etwas zu tun, von dem die Kundschaft eigentlich wüsste, was anzugehen oder zu vermeiden sei. Der Vergleich mit der Jugendarbeit sei demzufolge wohl sehr zutreffend gewählt. Auch hier ist man sich im Grund auf allen Ebenen im Klaren darüber, was zu tun sei.

Ziele zu messen, gestalte sich in jeglicher Hinsicht als schwierig; dennoch müsse man aber weiterhin daran arbeiten. Die Investition jedes Rappens in die Jugendarbeit sei wertvoll.

Tanja Bischof, EVP, möchte dazu anregen, den Antrag zu genehmigen.

Gemeinderat Hans-Jürg Gehri, BDP, möchte zum Votum von Gemeinderätin Rösli, SP/JUSO, Votum eine Replik halten.

Es seien nun zwei Jahre vergangen, und zum ersten Mal hat ein Vertreter bzw. eine Vertreterin der Exekutive aktiv in einer solchen Angelegenheit mitgewirkt, um einen Missstand zu beseitigen. Salome Wyss setze sich mit persönlichem Engagement als Vermittlerin ein. Leute wie Brigitte Rösli und Tanja Bischof sollen es ihr gleich tun und sich ebenso persönlich engagieren.

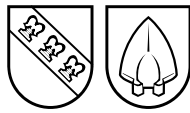
Als Gehri darüber berichtet, dass die Thematik um das Rikerhuus schon beinahe erledigt sei, lässt Gemeinderätin Gabriela Münger, SVP, mit einem kurzen Zwischenruf erkennen, dass dem wohl nicht so sei.

Im Übrigen sei anzumerken, dass Vorkommnisse, bei welchen Drogenspritzen eine Rolle spielen würden, wohl ausnahmslos für die Polizei bestimmt seien. Hier wähle Gehri nur noch Tel. 117. Damit beschliesst er sein Votum.

Die Diskussion aus den Reihen des Rates scheint nicht mehr angezeigt, so dass es nun am Stadtrat ist, seine Sichtweise darzulegen.

Stadtrat André Bättig, FDP, Ressort Jugend und Sport, erfreut sich an der Debatte. Dieser Äusserung zufolge habe der Stadtrat genau diese Diskussion bezwecken wollen. Der Stadtrat hätte diesen Kredit in Eigenkompetenz sprechen können, davon zeigt sich Bättig überzeugt. Er geht gar so weit, dass er mit Gemeinderat Unterholzner eine Wette eingehen würde.

Man befinde sich beim Thema Jugendarbeit in einem Spannungsfeld zwischen Schwarz und Weiss, somit in der Grauzone zwischen legal und illegal. Sobald eine Sache illegale Ausmasse annehme, falle die Kompetenz



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL Sitzung vom 19. April 2012

zu handeln, in den Wirkungskreis der Polizei. Es bestehe Handlungsbedarf. Ein Defizit an gangbaren Lösungen sei klar ausgewiesen, räumt Bättig ein.

So habe denn der Stadtrat der Thematik in seinem Schwerpunktprogramm für die Amtsdauer 2010-2014 ein Projekt gewidmet, das den Namen „Eine Stadt, in der sich alle sicher und wohl fühlen“ trägt. Diese Vorlage entspringt jener Legislaturplanung, welche im Übrigen durch den Gemeinderat zur Kenntnis genommen wurde.

Die im Bericht abgehandelte Bandbreite der Zielgruppe sei eine Realität. Man habe bisher genügend Erfahrungen im Jugendhaus sammeln können. 30-jährige, die Littering und Lärm produzierten, seien keine Seltenheit.

Aus Sicht des Stadtrates unterstütze das Projekt die Arbeit der Stadtpolizei; denn für kleine Bagatellfälle sei nicht die Polizei zu bemühen; diese kann sich um wesentlich dringendere Angelegenheiten kümmern, während die mobile Jugendarbeit kleinere Konflikte abzufedern weiss.

Ziel sei die Vermittlung und die Vernetzung im öffentlichen Raum. Die bereits durchgeführten Veranstaltungen würden helfen, das Verständnis zu fördern und die subjektiven Ängste abzubauen.

Der Stadtrat sei sich bewusst, dass die detaillierte Zielvereinbarung in der Gemeinwesenarbeit ein schwieriges Unterfangen sei. Es deshalb auch wichtig zur Kenntnis zu nehmen, dass es beim vorliegenden Projekt vielmehr um eine übergeordnete, allgemeine Zielsetzung gehe. Selbstverständlich hätte der oder die Stelleninhaber/in dem Stadtrat die Entwicklungen zu rapportieren, was diesem die Grundlagen liefere, Entscheide für die nächsten Phasen zu bereiten.

Verglichen mit anderen Jahren verlief letzteres sehr ruhig. Man bewege sich aber in einem sehr dynamischen Spannungsfeld.

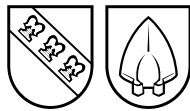
Zum Thema Professionalität erläutert Bättig, dass die Person in einem eingespielten, kompetenten Team im Jugendhaus eingebettet sei. Die bestehende Umgebung und die mögliche Vernetzung garantieren auch durch die anderen Mitarbeiter/innen vollsten fachlichen Support und Austausch. Darin läge auch der Grund, weshalb der Stadtrat diese Art der Zusammenarbeit jener einer externen Firma vorziehe. Sicherlich könne man die zentrale Jugendarbeit auch zugunsten der mobilen Jugendarbeit verlagern. Dies käme jedoch einem Leistungsabbau gleich und sei ungerecht den Nutzer/innen des Jugendhauses gegenüber.

Ein grosser Teil der Arbeit der einzustellenden Person sei das „Networking“, eine Aufspaltung des Teilzeitpensums auf mehrere Personen aus diesem Grund nicht sinnvoll. Es müsse zu dem bei der Selektion das Augenmerk darauf gelegt werden, dass eine Person gewonnen werden kann, der man vertrauen könne. Die Auslagerung beispielsweise an eine Institution (wie die Mojuga) sei nicht angebracht, da Kosten und Nutzen in keinem Verhältnis stünden. Man habe mit ähnlichen Institutionen des Sozialbereichs im Zürcher Oberland Erfahrungen sammeln können und dabei festgestellt, dass der gewonnene Nutzen nicht sehr gross sei.

Eine Delegation solcher Aufgaben an eine Drittinstitution mache sicherlich für kleinere Gemeinden Sinn, denen eigene Strukturen in diesem Bereich fehlen. Die Stadt Illnau-Effretikon verfügt aber mit der Jugendarbeit bereits über einen guten Grundaufbau. Die eigene Lösung ermöglicht eine Fokussierung und biete die Möglichkeit, direkt auf Personen zuzugehen.

Wie sich die Zusammenarbeit mit der Stadtpolizei konkret gestalten soll, läge auch in deren Ermessen.

Zu der in den Voten mehrmals angesprochenen Grundlagenforschung sei erwähnt, dass hier wohl ein falsches Bild vorherrsche. Man habe eine Auslegeordnung vorgenommen und auch Forschung betrieben, indem man



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL Sitzung vom 19. April 2012

Jugendliche im Vertrauen zur Problematik befragt habe. Aufgrund dieser Erhebungen wisse man nun, wo der Schuh drücke.

Die Zeit schreite ungnädig voran. Es sei nun Mitte April. Ob im Juli tatsächlich noch gestartet werden könne, sei höchst fraglich. Eventuell sei es ratsam, das Projekt erst im nächsten Frühling zu implementieren.

Im Übrigen müsse die Person damit leben können, dass ihre Hauptarbeitszeit im Sommer anfalle.

ABSTIMMUNG

DER GROSSE GEMEINDERAT

- gestützt auf den Antrag des Stadtrates und in Anwendung von § 26 Ziffer 3 der Gemeindeordnung -

BESCHLIESST:

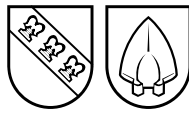
1. Für die Mobile Gemeinwesenarbeit im öffentlichen Raum (Schwerpunkt Wochenende) sowie für Sozialräumliche Projekte und Schaffung von Partizipationsmöglichkeit für Jugendliche und junge Erwachsene im Alter von 12 bis 30 Jahren wird für die Jahre 2012 bis 2014 ein Rahmenkredit von Fr. 260'000.- (Nettoaufwand) zulasten der laufenden Rechnung bewilligt.
2. Dieser Beschluss untersteht dem fakultativen Referendum
3. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt
4. Mitteilung durch Protokollauszug an:
 - a. den Stadtrat, zweifach,
 - b. die Abteilung Jugend und Sport, Märtplatz 29 8307 Effretikon,
 - c. die Abteilung Finanzen, Märtplatz 29, 8307 Effretikon,
 - d. die Abteilung Sicherheit, Märtplatz 29, 8307 Effretikon.

Obenstehender Beschluss kam mit einem Stimmenverhältnis von 20 : 13 Stimmen zu Stande.

Für getreuen Auszug aus dem Protokoll

Marco Steiner
Ratssekretär

Versandt am: 13.06.2012
ms



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL
Sitzung vom 19. April 2012

ANMERKUNG

Gegen den Beschluss des Gemeinderates vom 19. April 2012 zum Geschäft 058/11, Bewilligung eines Rahmenkredites für die mobile Gemeinwesenarbeit Effretikon, wurde durch 14 Mitglieder des Stadtparlamentes das Referendum ergriffen.

Laut einer Mitteilung des Stadtrates an das Büro des Grossen Gemeinderates wird die Gemeindeabstimmung auf den 25. November 2012 anberaumt.